

Einmal wöch. Bezugspreis für März 3.— M. einschl. Postgebühren. Einzelhefte 20 P. Die Postgebühren für Selbstabholer 20 P., bei Lieferung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 P., Sonntag-Nr. 15 P. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schönererf. Für unbes. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingehende u. m. Rückporto nicht versendete Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde d. Redaktion 5 bis 6 Uhr nachmittags. Hauptdruckerei: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Seidenhaus
Carl Schneider
Altmarkt 8
Goldstoffe
Goldbänder
Samte

Zigarrenhaus
Kohl
Dresden
Struvsstraße 7
Beste Qualitäten
Niedrigste Preise

Verlagsstelle, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden-K. 16, Goldschmiedestraße 46. Telefon 26722. Postfachnummer Dresden 14717. Conto: Sächsische Volkszeitung, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-K. 16, Goldschmiedestraße 46. Telefon 26722
und 26738.

Die Verschiebung des Problems

Es ist ganz eigenartig, zu welcher Verschiebung des Problems es in Genf gekommen ist. Und zwar nach zwei Seiten hin, einmal in der sachlichen Behandlung der Dinge infolge, als diese außerordentliche Völkerbundstagung mit der Entscheidung über das Aufnahmeforsch Deutschland als Hauptzweck der Tagesordnung anberaumt ist, während nun ein Streit über die Ratsfrage und ihre Verteilung an Ort und Stelle ausgefochten wird, und zum zweiten nach der taktischen Seite hin, indem man es im anderen Lager geflissentlich so hinzustellen versucht, als sei Deutschland derjenige, der Ansprüche stellt und das Hindernis für eine Einigung bildet. Dabei handelt es sich gar nicht um einen Streitfall, in den Deutschland verwickelt ist. Deutschland lehnt es vielmehr auf das entschiedenste ab, an diesem Streit mitbeteiligt zu werden.

Diese Verschiebung der Problemstellung nach zwei Seiten hin erschwert die Lage in Genf für die Deutschen ungemein. Auch am Donnerstag ist man noch nicht zu einer Einigung, ja noch nicht einmal zum Ausgleich des beiderseitigen Standpunktes gekommen. Es wird hinter den Kulissen ungeheuer gekämpft. Von der Zähigkeit und Energie, mit der auf beiden Seiten die Auffassung, wenn auch in äußerlich durchaus korrekten und höflichen Formen, vertreten werden, macht man sich draußen keine Vorstellung.

Man hatte ja geglaubt, daß die zweite, am Mittwochvormittag eingesezte Besprechung der Vertreter der Rheinpaktmächte wenigstens zu einer Klärung der Lage führen würde. Das war nicht der Fall. Die Verhandlungen wurden ergebnislos abgebrochen. Die Deutschen gaben ihren Standpunkt nicht auf, sie lehnten es auch ab, auf Kompromißvorschläge in der Ratsfrage einzugehen mit dem Hinweis darauf, daß es sich, ehe Deutschland im Rate ist, hier um eine Angelegenheit innerhalb des Völkerbundes, dem ja Deutschland noch nicht angehört, handelt, und daß die dem Völkerbund angehörigen Mächte den Ausgleich unter sich suchen und finden müssen.

Daß diese Auffassung die Vertreter der Rheinpaktmächte als berechtigt anerkennen, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie nach dem Abbruch der Verhandlungen mit den Deutschen eine Besprechung der im Rat vertretenen Mächte anberaumten. Polen machte alle Anstrengungen, ebenfalls zu dieser Besprechung zugelassen zu werden, erreichte aber sein Ziel nicht. Die Anberaumung dieser Besprechung ist ein Beweis dafür, daß man bei den bisherigen Erörterungen nicht vorwärts kam und nun den Versuch machen wollte, innerhalb der eigenen Reihen den Streitfall auszutragen. Damit hat sich an sich die Situation freilich nicht gebessert, weil nunmehr Spanien die offizielle Gelegenheit zur Vertretung seines mit ganz außerordentlicher Energie vertretenen Standpunktes gegeben ist. Spanien fordert nach wie vor den ständigen Ratsitz, wenn Deutschland jetzt aufgenommen wird.

Die Unterschiede zwischen England und Frankreich in ihrer Stellungnahme zu dem deutschen Standpunkt sind am besten folgendermaßen zu kennzeichnen: England wäre geneigt, Deutschland allein in der jetzigen Tagung den ständigen Ratsitz zu gewähren, dafür soll aber Deutschland der Einsetzung einer Studienkommission zustimmen, in welcher es selber mit vertreten wäre und welche die Aufgabe hätte, die Frage der Erweiterung des Rates bis zum Zusammentritt der ordentlichen Versammlung im Herbst zu prüfen und ihre Lösung vorzubereiten. Frankreich würde entgegen seinem ursprünglichen, auch eine solche Lösung ablehnenden Standpunkt, sich jetzt wohl damit abfinden, wenn Deutschland bereits jetzt die Verpflichtung übernehme, sich grundsätzlich einer Veränderung des Rates auch in Gestalt von Schaffung neuer ständiger Sitze zu widersehen und wenn Deutschland dieser Verpflichtung in einer schriftlich formulierten Erklärung Ausdruck gäbe.

Man muß sich noch einmal kurz in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen, wie sich die Ratsfrage eigentlich entwickelt hat. Ursprünglich waren fünf ständige Ratsitze für die fünf Großmächte, Frankreich, England, Italien, Japan, Amerika vorbehalten. Später sollte dann noch Rußland und Deutschland dazukommen. 1922 hat Persien als Vertreter der mohammedanischen Welt einen ständigen Sitz verlangt, aber der Anspruch ist niemals in der Bundesversammlung diskutiert worden. Was dagegen den Völkerbund viel mehr beschäftigte, war die Frage der Zuteilung von nicht ständigen Sitzen und im besonderen die Frage der Einführung eines Turnus. Die nicht ständigen Mitglieder sollten drei Jahre dem Rate angehören und für eine gleiche Zeit nicht wieder wählbar sein. Dieser Turnus ist aber bisher nicht zur Durchführung gekommen, weil sich Spanien bis jetzt weigerte, die Ratifikation einzureichen mit der Begründung, daß nach Artikel 4 des Paktes die Verfassung

Der Fehler des Völkerbunds Paktes

Die westeuropäische Presse über den letzten Grund der Genfer Krise

Paris, 12. März.

Die Ereignisse des gestrigen Tages haben den Eindruck in den französischen Kreisen verstärkt, daß die Verhandlungen in Genf eine schwere Krise durchmachen. Sauerwein schreibt im „Matin“, wenn Briand erklärt habe, es gäbe zwar keinen deutsch-französischen Konflikt, aber eine entscheidende Krise im Völkerbundsrat, so hätte er hinzufügen müssen, daß das, was sich abspiele, die Verteilung des Völkerbunds Paktes sei, dieses Systems der Kompromisse zwischen der geschnittenen Autorität der Großmächte und den Rechten der kleinen Staaten. Bei dieser sonderbaren Methode könnten die sozialistischen Schrupel Lindens den ganzen Völkerbund vernichten, während die 38 Staaten, die nicht im Rate vertreten seien, ungeduldig würden und nicht einmal das Recht hätten, unterrichtet zu werden. Sauerwein teilt mit, Lindens habe in seiner Antwort an Briand und Chamberlain unerschütterlich auf seinem Standpunkt beharrt. Es sei nicht einzusehen, weshalb die Vertreter Spaniens und Brasiliens der schwedischen Theorie nachgeben sollten. (?) Auf alle Fälle müsse man ihnen für die nahe Zukunft einen dauernden Sitz versprechen. Aber weder Luther noch Lindens schienen sich darauf einzulassen zu wollen. Sauerwein ist der Ansicht, daß, wenn heute keine Einigung zustande komme, der Völkerbund selbst entscheiden müsse.

Bertinog behauptet im „Echo de Paris“, daß der Streit um die Ratsfrage kein Konflikt mit Deutschland sei, sondern ein Konflikt zwischen den Mächten von Locarno und den außerhalb des Locarnovertrages stehenden Nationen. Die Locarnomächte seien vor allem darauf bedacht, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und seine Verwirklichung herbeizuführen. Die außerhalb stehenden Mächte hätten einen weit beschränkteren Horizont. Aber es sei die Frage, ob diese Betrachtungsweise den Interessen Frankreichs diene. Frankreich habe das spanische und brasilianische Veto nicht veranlaßt, aber trotzdem würde Frankreich und seine Verbündeten eine Niederlage erleiden, wenn Spanien und Brasilien den Völkerbundsitz nicht erhielten. Es wäre ein Fehler, die beiden Staaten einzuschließen, die so fest gegen Schweden aufgetreten seien. Unden müsse zuerst den Rückzug antreten, dann würden die anderen folgen. (?)

Der „Petit Parisien“ sagt, Chamberlains bereits ein Kompromißprojekt vor. Der Völkerbundsrat müsse sich zunächst der Absichten Deutschlands verschließen, ehe er eine Entscheidung treffen könne. Das Blatt meint, Luther und Stresemann hätten es in der Hand, die Lösung der Krise herbeizuführen. Sie allein seien in der Lage, einen freundlichen Einfluß auf Unden auszuüben. (?) — Der Vertreter des „Caquotien“ in Genf berichtet, die Erklärung des Reichskanzlers, daß die Haltung der deutschen Delegation durch den Ausscheiden des Reichstages bestimmt sei, lasse so große Schwierigkeiten aufstehen, daß die Zahl der Vetsimisten am Donnerstagabend beträchtlich gewachsen sei.

London, 12. März.

Chamberlains Verhalten in Genf findet nicht die Billigung der englischen Presse. Der „Times“ Berichterstatter meint, daß an dem ganzen Wirrwarr in Genf letzten Endes Chamberlain schuld sei. Hätte er sich vor drei Wochen die englische Meinung in England zur Richtschnur genommen, so wäre das ganze Durcheinander nicht entstanden. Der sozialistische „Daily Herald“ ist ebenfalls wenig zufrieden. Chamberlains Methoden zur Rettung des Völkerbundes seien wirklich erstaunlich. Er habe seinen Standpunkt wieder gewechselt. Briand habe ihn überredet, sich wieder zu seiner alten persönlichen Überzeugung, die im letzten Gegenstand zur öffentlichen Meinung Englands stehe, zu bekennen. Er verlange nunmehr ständige Ratsitze für Brasilien, Spanien und Polen. Lloyd George kritisierte gestern die Haltung Chamberlains folgendermaßen: England sei in eine höchst unangenehme, ja beschämende Lage hineingeraten, indem es versuche, neue Bedingungen mit einer Ehrenschuld zu verknüpfen.

die nicht ständigen Mitglieder „nach freiem Ermessen“ wählen soll und daß der Turnus dieses freie Ermessen ausschalte. So steht hinter der ganzen jetzigen Diskussion ebenso wieder das Problem der Einführung oder Nicht-Einführung des Turnus, und mit dieser Frage ist allerdings die grundsätzliche Frage der Organisation des Völkerbundes überhaupt verbunden.

Der deutsche Standpunkt in der ganzen Angelegenheit ist jedenfalls klar und eindeutig. Die Deutschen sind nach Genf gekommen, um ihr Aufnahmeforsch in den Völkerbund ordnungsgemäß erledigt zu sehen und ihrerseits den Eintritt in den Völkerbund auch formell zu vollziehen. Es ist selbstverständlich, daß sie eine Verquickung dieser klar gestellten Frage mit irgendeinem anderen Gegenstand, an dessen Verfolgung bestimmte Vertreter auf der anderen Seite ein persönliches oder politisches Interesse haben, ablehnen müssen. — Deutschland verfügt in dieser Frage übrigens über wertvolle Bundesgenossen, und zwar außer Schweden, dessen Einspruch allein genügt, um die Ratsfrage beiseite zu schieben, unter anderem den der Schweiz.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ bemerkt in einer Meldung an sein Blatt, es sei nahezu sicher, daß die Völkerbundsversammlung ihre Mission am Sonntagabend nicht beenden werde und daß Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund nicht vor nächster Woche eintreten könne. Man vermute, daß das Vorgehen Brasiliens von Spanien inspiriert worden sei. — Der Vertreter der „Morningpost“ in Genf meldet: In schwedischen Kreisen habe man eine sehr bittere Kritik an dem Vorgehen gegen den schwedischen Vertreter am gestrigen Nachmittag gehört. Dieser habe erklärt, das Ergebnis sei das unumkehrbare, das er niemals gehabt habe. — Der Genfer Vertreter der „Daily News“ erklärt, Chamberlain habe gestern mitgeteilt, zu seinem großen persönlichen Bedauern sei er durch seine Instruktionen gezwungen, gegen Spanien zu stimmen, wenn Spanien ein entscheidendes Hindernis für die Zulassung Deutschlands bilden sollte.

Der Genfer Vertreter der „Times“ hebt insbesondere nachahmenswerte Gedankens hervor, die die deutsche Delegation bisher in Genf gezeigt habe. In einem Leitartikel bemerkt das Blatt: Die Zurückhaltung der nationalen Animositäten in einer so hohen Form, wie bei uns in Genf geübt ist, ist mehr als erlösend. Es wäre offenbar der ganzen Ueberredungskunst Chamberlains und Briands bedürfen um den notwendigen Zusammenhang zwischen Völkerbund und Locarno wiederherzustellen.

Ein bedenklicher Zwischenfall

Brasilien und Spanien gegen Deutschland Ratsitz Genf, 12. März.

In der gestrigen Ratssitzung hat sich ein bedenklicher Zwischenfall ereignet. Der Anfang der auf 3 Uhr nachmittags angesetzten Sitzung verzögerte sich um über eine halbe Stunde. Eine Reihe von Ratsmitgliedern hatte am Ratsische Platz genommen, und erörterte in eifriger Unterhaltung die jüngsten Ereignisse. In der Wandelhalle berichtete unterdessen Briand seinen Freunden und Bekannten lebhaft begrüßt, über die letzten Pariser Ereignisse, bis auch er sich in den Ratssaal begab.

Doch konnte die Sitzung noch lange nicht eröffnet werden, weil der Vertreter Brasiliens Mello Franco nicht erschienen war und sich weder im Hause noch telefonisch in der Sitzung ausfinden ließ. So blieb denn dem Vorsitzenden Graf Jäger nichts anderes übrig, als die Sitzung mit einer halbseitigen Vertagung ohne den Vertreter Brasiliens zu eröffnen. Das ist ein in der Geschichte des Völkerbundes noch nicht dagewesenes Ereignis. Noch nie hat der Rat unvollständig getagt. In das Verbleiben des brasilianischen Vertreters wurden daher die lebhaftesten Gerüchte geknüpft. Man sprach ernsthaft von einem Affront gegen den Völkerbundsrat.

Mello Franco ist in den frühen Nachmittagsstunden bei dem deutschen Reichskanzler Dr. Luther und dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann gewesen und hat mit ihnen eine fast einstündige Besprechung gehabt. Die deutschen Delegierten haben ihn in helmem Zweifel darüber gelassen, daß sie nicht länger in Genf bleiben könnten, wenn sich die Ratsfrage noch länger hinauszuziehen sollte. Daraufhin hat Mello Franco ein lautes Telegramm an seine Regierung geschickt, und dies soll der Grund gewesen sein, weshalb er sich in der Ratssitzung verabschiedete.

Madrid, 12. März. Am Spätmorgen melden „Geraldos“ und „La Voz“ aus Genf, Außenminister Yanga u. a. habe von Yanga de Rivera die strikte Anweisung erhalten, auf der Forderung eines ständigen Ratsitzes für Spanien zu bestehen und gegen einen Ausschub der Entscheidung zu protestieren. Geraldos erwähnt außerdem, daß Spanien ebenso wie Brasilien gegen die Aufnahme Deutschlands stimmen werden, wenn Spanien nicht auch Ratsitz erhalte.

Mögen diese Dinge ausgehen, wie immer sie wollen, so bleibt doch ein unerfreulicher Nachgeschmack bestehen. Daß bei dieser ersten Gelegenheit Deutschland schon mit in den Streit von politischen Interessengruppen im Völkerbund mit hineingezogen wird, ist außerordentlich bedauerlich und gibt zu ersten Bedenken Veranlassung. Wir sind gewiß keine Freunde von allem formalistischer Auffassung, müssen aber doch im vorliegenden Fall dem korrekten Standpunkt der deutschen Delegation durchaus zustimmen. Es handelte sich schon von Anfang an bei dieser Ratsfrage um eine Prinzipienfrage allerersten Ranges, deren Behandlung und Lösung von außerordentlich weitgehender politischer Bedeutung ist. Es scheint auch sehr nötig, daß Deutschland durch seine zielklare und absolut objektive Haltung von Anfang an zu erkennen gibt, daß es sich an politischen Intrigen, wie sie sich gerade bei diesem Anlaß in Genf gezeigt haben, weder jetzt noch später zu beteiligen gedenkt, daß es vielmehr diese Art von politischer Geschäftemacherei als dem Geiste des Völkerbundes entgegengekehrt und als lähmendes Hindernis auf dem Wege des Friedens betrachtet.